

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Richard Graupner

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Harald Güller

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Deutsches Sozialsystem schützen: "Koalition der Vernünftigen" statt "Koalition der Aufnahmewilligen" (Drs. 18/20547)

Das Wort hat der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion. – Herr Abgeordneter Graupner, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer dachte, die Migrationskrise sei nach den Flutungswellen im Zuge der Grenzöffnungen im Jahr 2015 ausgestanden, der wurde spätestens von den Bildern von der polnisch-weißrussischen Grenze im letzten Jahr eines Besseren – oder besser gesagt: eines Schlechteren – belehrt.

Einem Bericht des Bundesinnenministeriums zufolge müssen wir uns wohl auch zukünftig auf einen hohen Migrationsdruck einstellen. In diesem Bericht, der noch unter der Ägide der Regierung Merkel ausgearbeitet wurde, ist von einer hochdynamischen Migrationslage mit kontinuierlich steigenden Zahlen die Rede.

Tatsächlich, im letzten Jahr haben etwa 191.000 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das ist die höchste Zahl seit 2017. Inzwischen hat das Regierungspersonal in Berlin bekanntlich gewechselt. Wie zu erwarten war, wird der alte Kurs der grenzenlosen Willkommenskultur von der Ampelkoalition noch forcierter fortgesetzt. De facto läuft das darauf hinaus, dass jeder, der sich Zugang nach Deutschland erschlichen hat, letztendlich auch dauerhaft bleiben darf. Folgerichtig versucht die derzeit amtierende Bundesinnenministerin mittels einer sogenannten "Koalition der Willigen" den undifferenzierten Zustrom Fremdstämmiger nach Deutschland noch weiter zu erhöhen. Und damit nicht genug: Im Schlepptau jener, die heute zu uns kom-

men, werden im Zuge der geplanten erleichterten Familienzusammenführung viele weitere folgen. Jeder Einzelne, der jetzt nach Deutschland kommt, ist somit ein kleines Anker-Zentrum für die Folgemigration. Das darf so nicht weitergehen!

(Beifall bei der AfD)

Ein funktionierendes Asylwesen setzt wirkungsvolle Maßnahmen sowohl präventiver als auch repressiver Art voraus. Dazu legt unser Antrag eine Reihe konkreter Vorschläge vor. Unsere bayerische Polizei soll mit moderner Fahndungstechnik wie Gesichtserkennungssoftware oder Aufklärungsdrohnen ausgestattet werden. Die grenzpolizeilichen Befugnisse liegen natürlich weiterhin allein bei der Bundespolizei. Deren Zuständigkeitsbereich sollte per Bundesgesetz ausgeweitet werden. Damit wären im präventiven Bereich schon mal wichtige Schritte getan.

Aber es gibt eben nicht nur das Problem der Neuankömmlinge, sondern wir haben bereits eine große Anzahl nicht aufenthaltsberechtigter Migranten im Lande. Im Jahr 2020 gab es in Bayern circa 37.000 ausreisepflichtige Personen, von denen wiederum knapp 8.000 vollziehbar unser Land zu verlassen hätten. Das entspricht der Einwohnerzahl einer Stadt ungefähr so groß wie Bad Füssing, um sich das mal vor Augen zu führen. Das ist eine ungeheure Zahl angesichts der Kosten, welche dem bayerischen Steuerzahler durch deren rechtswidrigen Verbleib im Lande entstehen. Wir brauchen eine personelle und materielle Verstärkung der bayerischen Abschiebebehörden.

Weiterhin schlagen wir vor, dass vollziehbar Ausreisepflichtige, sofern sie nicht kooperationswillig sind, ausnahmslos in zentralen Abschiebezentren des Freistaats untergebracht werden. Parallel dazu muss die sofortige und ausnahmslose Umstellung von Geld- auf Sachleistungen erfolgen. Zudem sollen Asylverfahren von Straftätern in Zukunft schon bei einfachen Vergehen unverzüglich abgebrochen werden können; denn wer tatsächlich schutzsuchend ist, hält sich an Recht und Ordnung. Den irrsinnigen Ideen der Bundesregierung, im Asylverfahren auf eidesstattliche Erklärungen bei der

Identitätsangabe zu vertrauen, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Schließlich fordern wir Anpassungen im Asylbewerberleistungsgesetz, um den Anreiz der Wirtschaftsmigration zu mindern.

Aber all dies setzt natürlich den politischen Willen voraus, unser schönes Bayern tatsächlich vor den Folgekosten der illegalen Migration zu schützen. Und da hege ich doch meine starken Zweifel, wenn ich etwa den wankelmütigen Zickzackkurs des Herrn Innenministers betrachte, der an einem Tag öffentlichkeitswirksam sehr zutreffend vor den Folgen des Zustroms bildungsferner Migranten warnt, um dann an anderer Stelle wieder das Hohelied der angeblich so erfolgreichen Zuwanderung vermeintlicher Fachkräfte zu singen. – Was denn nun? Steht Ihre Politik für eine starke bayerische und deutsche Identität oder für einen Kurs der Beliebigkeit und der undifferenzierten Masseneinwanderung fremder Kulturen? Der bayerische Wähler hat ein Recht darauf, dass Sie und mit Ihnen die gesamte CSU sich diesbezüglich einmal festlegen, und das nicht nur kurz bzw. bis zu den nächsten Landtagswahlen oder solange man in Berlin in der Opposition ist, sondern jetzt. Ein guter Anfang wäre es, wenn die CSU-Fraktion hier und heute unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen würde.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Davor gebe ich allerdings noch kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Kein Verbot der Kombinationshaltung in der Milchviehhaltung", Drucksache 18/20546, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Nein-Stimmen: null. Stimmenthaltungen gab es 46. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt darf ich den Abgeordneten Karl Straub von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD nennt ihren Dringlichkeitsantrag heute: "Koalition der Vernünftigen" statt "Koalition der Aufnahmewilligen". Mit Ihrer Aussage zu unserem Innenminister Joachim Herrmann wurde allerspätestens klar, dass Sie nie zu einer Koalition der Vernünftigen gehören würden. Wenn jemand für eine rechtsstaatliche Asylpolitik, aber auch den humanitären Gedanken steht, dann ist das unser Innenminister Joachim Herrmann. Sie disqualifizieren sich für eine Koalition der Vernünftigen.

(Beifall bei der CSU)

Aber nichtsdestoweniger ist es sicherlich auch mal wieder sehr interessant und richtig, im Schatten der Krisen, die momentan im Vordergrund stehen, über das Thema Migration zu reden. Sie haben es erwähnt: Wir hatten im Jahr 2021 einen Anstieg auf 190.000 Asylanträge. 2020 waren es noch 120.000. Das ist alles noch nicht dramatisch. Ich habe bei uns im Landkreis nachgefragt. Es wirkt sich noch nicht so massiv aus. Aber man sollte doch diese Zahl meines Erachtens sehr stark beachten. Die Migrationspolitik sollte wieder etwas mehr in den Mittelpunkt rücken.

Liebe FDP, Sie beschweren sich – wir hatten 2021 12.000 Abschiebungen –, dass diese 12.000 Abschiebungen zu wenig seien, und Sie würden gerne das Tempo erhöhen. – Dann hätten Sie ein bisschen genauer hinschauen müssen bei dem Ampel-Vertrag, den Sie unterschrieben haben; denn in diesem Ampel-Vertrag ist von Abschiebungen eigentlich überhaupt keine Rede mehr, sondern nur noch vom Dableiben und vom Integrieren, egal woher die Menschen kommen. Abschiebungen kommen darin nicht vor. Wenn man Mitglied des Petitionsausschusses ist, bekommt man das live mit: In der grünen Ideologie sind Rückführungen nicht vorgesehen.

Ich möchte im Weiteren auf den Ampel-Vertrag blicken, zu dem ich ehrlich sagen muss: Der macht mir sehr große Sorge, der macht uns sehr große Sorgen. Wie ge-

sagt, die Durchsetzung der Ausreisepflicht ist kein Thema; er enthält eine Aufhebung aller Beschränkungen beim Familiennachzug, eine nicht konkretisierte Ausweitung der Asylbewerber- und Gesundheitsleistungen, einen umfassenden Ausbau der Bleiberechtmöglichkeiten und Stichtagsregelungen und zum Schluss auch noch das Auslaufen der Anker-Zentren. Flankiert werden soll das Ganze durch den Doppelpass und den erleichterten Erwerb der Staatsangehörigkeit auch ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Dass zur Identität in Zukunft eine eidesstattliche Versicherung abgegeben werden soll, bringt mich stark zum Zweifeln. Wer mich kennt, der weiß, dass ich durchaus sehr humanitär eingestellt bin und jedem, der sich integrieren will, eine Chance geben will. Aber ich kann immer wieder nur an die Mitglieder der Ampelkoalition, vor allem an die FDP, appellieren: Lest das bitte noch mal durch. So funktioniert Asylpolitik nicht. Das kann so nicht gehen und wird unsere Sozialsysteme maßlos überfordern und Pullfaktoren erheblich verstärken.

Werfen wir einen Blick über unsere Grenzen hinaus in die EU. Wir sollten hier jeden Alleingang von EU-Staaten ablehnen. Wir müssen in der EU im Gleichschritt gehen, nicht mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Unsere Innenministerin hat erfahren, wie die sogenannte "Koalition der Willigen" aussieht. Sie steht da relativ allein. Übrigens möchte ich in dem Zusammenhang auch betonen, dass wir uns in Deutschland für unsere Asylpolitik beileibe nicht verstecken müssen. Wir tragen die Hauptlast innerhalb der EU und sind unseren humanitären Verpflichtungen immer nachgekommen. Ich appelliere hier seit 2013: Asylpolitik kann in Europa nur gemeinsam funktionieren. Wie gesagt, Alleingänge sind hier nicht angebracht und werden schlussendlich auch nicht zum Erfolg führen.

Zusammengefasst, liebe Ampelkoalition – lieber Kollege Hagen, ich setze da die meiste Hoffnung auf die FDP, dass sie die Vernunft mit einbringt, obwohl wir das bis dato in Berlin noch nicht sehen –: Denken Sie daran, diese Koalition der Willigen ist auch von der Bevölkerung nicht gewünscht. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung. Das ist ganz klar. Aber wir brauchen keine Migration aus allen möglichen Ländern; denn auch

Deutschland kann die Armut und das Leid in der Welt nicht alleine bekämpfen. Bitte besinnen Sie sich!

Zum AfD-Antrag: Hier gibt es sieben Punkte. Ich habe nicht mehr allzu viel Zeit und hoffe, dass unser Innenminister darauf noch eingeht. Ich hoffe da auf ihn. Schon allein das, was Sie von der AfD immer wieder fordern, nur noch Sachleistungen zu geben, ist gesetzlich nicht möglich. Die bayerische Polizei ist bestens ausgestattet. Weitere Dinge, die Sie fordern, etwa die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Bundespolizei auf 50 km, sind verfassungsrechtlich nicht möglich.

Aber wie gesagt, ich denke, darauf wird unser Innenminister noch eingehen. Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Straub. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass es noch eine weitere namentliche Abstimmung gibt, nämlich zum Dringlichkeitsantrag der FDP. Auch hierfür ist namentliche Abstimmung beantragt. Das heißt, wir werden dann zwei namentliche Abstimmungen haben.

Aber jetzt hat zunächst Frau Gülseren Demirel das Wort. Frau Kollegin, bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Vielen Dank. – Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt wieder ein Antrag der AfD-Fraktion vor, der ein Menschenbild zeichnet, bei dem man würgen muss, wenn man den Antrag liest. Dieses Menschenbild und der gesamte Duktus des Antrags suggerieren, dass es Schnorrer seien, dass es Menschen seien, die unsere Gesellschaft ausbeuten wollen, dass es Menschen seien, die uns unterwandern wollen, und dass es Menschen seien, die ohne Not an unsere Tür klopfen. – Das wollte ich vorneweg noch mal ganz klar sagen.

Der Antrag, den Sie heute gestellt haben, ist leider keine Ausnahme, sondern er zeigt Ihr Weltbild und Ihre politische Sichtweise. Ihre Anträge geben eine Verachtung der

Demokratie oder der Menschenrechte zu erkennen. Daran will ich mich nicht gewöhnen, und ich werde mich auch nicht daran gewöhnen.

Typisch für einen AfD-Antrag werfen Sie wieder mit Zahlen um sich, die absolute Falschmeldungen sind. Typisch ist, dass Ihre Politik wieder aus dem Arbeiten mit Angst besteht, dass Sie Menschen verunsichern wollen mit Zahlen, die so nicht stimmen. Ich sage Ihnen, warum:

Wir haben in den letzten Jahren natürlich pandemiebedingt weniger Einreisen gehabt. Dass die Zahlen jetzt durch die Lockerungen und die Entspannung der Pandemie wieder etwas hochgehen, kann nicht überraschen und müsste eigentlich logisch sein. Und trotzdem sind die Asylyugänge, wenn man sie genauer anschaut, wieder im vorpandemischen Bereich des Jahres 2019.

Das sind also keine Zahlen, die nach oben, zur Spitze zeigen, und zwar aus einem einfachen Grund: Die tatsächliche Zahl der Neuzugänge an Asylsuchenden – die Quelle ist Pro Asyl – liegt bei 148.000, und davon sind 17,5 % Asylanträge von Kindern, die hier geboren sind, deren Eltern also hier schon einen Asylantrag gestellt haben. Die Kinder sind hier auf die Welt gekommen. Dann haben wir noch Asylanträge von Menschen, die in griechischen Lagern gelebt haben, die aber nach der Anerkennung den Weg nach Deutschland genommen haben und hier noch mal einen Antrag beim BAMF gestellt haben. Aber im Moment hat das Bundesamt für Migration und Flucht deren Anträge auf Eis gelegt, obwohl es ein Verwaltungsgerichtsurteil gibt, das ganz klar besagt: Asylsuchende, die als anerkannte Asylbewerber aus Griechenland kommen, dürfen nicht nach dem Dublin-Verfahren zurückgeschickt werden, weil die Zustände dort nicht verhältnismäßig sind. Also haben wir 122.000 Asylanträge, die Sie hier mit 190.000 oder 200.000 skandalisieren wollen, von Menschen, die aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Afghanistan und Irak sind. Über Afghanistan müssen wir nicht reden.

Kollege Straub, der Ampel zu unterstellen, wir wollten die Armut der Welt alleine bekämpfen, bedeutet, dass Sie sich in die populistische Politik der AfD einfügen. Sorry, das muss ich so sagen, und das kann man so nicht stehenlassen. Sie werfen der Ampel-Regierung vor, dass Sie endlich beschlossen hat, Menschen eine Perspektive zu geben, die hier leben und einen Ausbildungsplatz haben, als Facharbeiter arbeiten oder die Möglichkeit bekommen, im Pflegebereich zu arbeiten. Das betrachten Sie als naiv. Wir sehen das als etwas, was unserem Land guttut und auch den betroffenen Menschen.

Diesen Spurwechsel haben wir immer gefordert, endlich Schluss damit zu machen, Menschen die Arbeitserlaubnis zu entziehen, ihnen die Arbeitserlaubnis zu verweigern, obwohl sie in einem Bereich tätig sind, in dem Fachkräftemangel besteht.

Sie werfen der Ampel Naivität vor, weil sie die Familienzusammenführung ausgeweitet hat. Wie war denn die Familienzusammenführung vorher bei Ihnen? – Die hieß: Wenn die Mutter kommen durfte, durfte das fünfjährige Kind nicht mitkommen. Ich hatte zig Fälle, in denen sich eine Mutter entscheiden musste, ob sie zu ihrem 18 Jahre alten Sohn nach Deutschland kommt und das fünfjährige Kind zurücklässt oder sich dagegen entscheidet. Das hat die Ampel-Regierung mit der Familienzusammenführung gelöst. Sie stellen sich hier hin und sagen, das sei naiv. Aber das ist es bei Weitem nicht. Das ist vorausschauend, und das zeigt vor allen Dingen, dass diese Regierung die Menschenrechte endlich ernst nimmt und auch dementsprechend entscheidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt: Deutschland tut so viel, wir müssen uns nicht verstecken. – Natürlich müssen wir uns nicht verstecken. Das behauptet ja kein Mensch. Aber Deutschland steht nicht alleine. Wir sind auch ein europäisches Land. Von meinem Europa verlange ich, dass die europäischen Länder auch die Werte schützen, die Europa verkörpert. Von meinem Europa erwarte ich, dass Menschen, die vor der polnischen Grenze stehen, das Recht bekommen, einen Asylantrag zu stellen. Ich will nicht, dass

mein Europa ein Selbstbedienungsladen für einige Länder ist, soweit es ihrem Interesse dient, die aber dann, wenn es um die Verpflichtung geht, auch die Werte zu schützen und zusammenzustehen, dieses nicht tun. Jetzt gibt es endlich eine Bundesregierung mit einer Innenministerin, für die Menschenrechte und europäische Verantwortung wichtig sind, und die sagt: Ich will jetzt den Weg gehen und versuchen, mit denen, die es wollen, eine gemeinsame Strategie zu finden und die, die es nicht wollen, in die Pflicht zu nehmen. Das ist gut, und das ist richtig. Deutschland ist nämlich auch Europa, und das alles wurde in den letzten 16 Jahren versäumt.

Versuchen Sie daher nicht, Polemik zu betreiben. Es ist endlich mal Dynamik drin. Das wollen die Bürgerinnen und Bürger draußen. Sie wollen Lösungen und keine Verschleppung dieses Themas.

Herr Innenminister Herrmann, zu Ihrer Pressekonferenz zur Bildung der Geflüchteten: Ich frage mich, woher Sie Ihre Daten haben. Ich habe keine Quelle gefunden, in der der Bildungsstatus von Asylbewerbern dokumentiert wird. Das einzige Material, was es gibt, ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, und das wird nach einer gewissen Zeit vernichtet, weil es datenschutzrechtlich so notwendig ist. Nennen Sie mir bitte Ihre Quelle, denn sonst schütten Sie Wasser auf die Mühlen bestimmter Gruppen, die auch hier im Parlament sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Demirel. Der nächste Redner kommt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER und ist Vizepräsident Alexander Hold. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ach, wenn es doch immer so einfach wäre, Wünsche zu erfüllen! Die AfD wünscht sich in der Überschrift ihres Antrages eine Koalition der Vernünftigen. Wunderbar! Diese Koalition der Vernünftigen gibt es bereits, zumindest hier in Bayern. Die

Bayernkoalition, die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, ist die Koalition der Vernünftigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt aber zum Antrag. Die im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition genannte europäische Koalition der Aufnahmewilligen in Sachen Asyl und Migration ist in vielen Einzelheiten und Folgen tatsächlich nicht zu Ende gedacht. Das hat mit Ihrem Antrag aber gar nicht wirklich viel zu tun; denn was Sie in gewohnt faktenferner Manier in den Raum werfen, hat mit Vernunft überhaupt nichts zu tun. Es ist die gewohnte Rezeptur: Man nehme ein Ziel, das zunächst einmal vernünftig klingt – also das Stoppen illegaler Einreise –, und tue so, als gäbe es dafür eine ganz einfache Lösung, die natürlich ganz exklusiv nur die AfD hat. Wie immer gelingt dieses Rezept nur, wenn man Gleichungen aufstellt, die leider nur in Ihren Köpfen aufgehen.

Das Erste, was Kollege Graupner hier gesagt hat, nämlich dass Integration per se falsch sei, weil es eben auch Migration von Menschen mit geringerer Bildung gibt, ist natürlich völliger Blödsinn. Der Innenminister hat völlig recht, wenn er über beides spricht: über Integration und über Migration bei geringer Bildung. Fragen Sie doch mal den Handwerksmeister, den Sie immer so gerne zitieren, der händeringend nach Auszubildenden sucht, aber niemanden findet, der keinen Migrationshintergrund hat, wohl aber den Afghanen, der der beste Auszubildende ist, den er seit Jahren gehabt hat. Fragen Sie den mal, ob er Integration mit Migration gleichsetzt.

(Beifall)

Schon die Gleichsetzung jeglicher Einreise mit illegaler Einreise von Ausländern ist natürlich blanker Unsinn. Nach Ihrer Logik wäre auch Ihr Wochenendausflug nach Südtirol strafbar.

Schauen wir Ihren Antrag genauer an: Die Annahme, die Landespolizei müsste hollywoodtauglich mit Aufklärungsdrohnen, Nachtsichtgeräten und Gesichtserkennungs-

software ausgestattet werden, ist natürlich völliger Unsinn. Es fehlt gar nicht an der Ausrüstung: Die Bayerische Grenzpolizei hat bereits Multikoptersysteme und Drohnen. Was soll die Software leisten, die Sie erwähnen? Glauben Sie ernsthaft, dass ein Flüchtling, der sich erstmals aus Syrien oder Afghanistan bis zur deutschen Grenze durchgeschlagen hat, bereits mit biometrischen Gesichtsdaten in unseren Fahndungscomputern gespeichert ist und quasi aussortiert werden kann? Nach Ihrem Selbstverständnis reicht es wahrscheinlich, wenn die Software die Hautfarbe erkennt, um die Illegalität der Einreise festzustellen.

Blanker Unsinn ist auch Ihre nächste Gleichung, man müsse nur die zuständigen Behörden entsprechend aufstocken, damit alle Ausreisepflichtigen auch innerhalb von sechs Monaten abgeschoben werden können. – Entschuldigung, es scheitert doch nicht an der personellen oder technischen Ausstattung bayerischer Behörden, sondern an der fehlenden Mitwirkung der Betroffenen, an der mangelnden Kooperation der Herkunftsländer bei der Ausstellung von Heimreisepapieren und an der mangelnden Rücknahmebereitschaft von Herkunftsländern. Das sind die Hauptursachen, die Sie garantiert nicht durch einen aufgeblähten bayerischen Behördenapparat aus der Welt schaffen können.

Wenn Sie dann noch die Internierung Ausreisepflichtiger, die Aberkennung des Flüchtlingsstatus und des Asylrechts schon bei Schwarzfahrten oder Beleidigung fordern, ignorieren Sie schlicht und ergreifend Grundrechte, die höchstrichterliche Rechtsprechung und natürlich die Genfer Flüchtlingskonvention. In Ihrem Wahlprogramm liest man aber, dass Sie die Genfer Flüchtlingskonvention sowieso abschaffen wollen.

Richtig schäbig wird es im Antrag, wenn Sie Menschen, die als Asylbewerber anerkannt sind, weil sie nach gründlichen und nicht immer einfachen Verwaltungsverfahren und Gerichtsverfahren in Bayern nachweislich wegen ihrer Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, politischer Überzeugung oder anderen Dingen anerkannt sind, als Wirtschaftsmigranten bezeichnen und nicht integrieren, sondern auf Dauer durch Sachleistungen stigmatisieren wollen.

Nach der Lesart Ihres Antrags bedeutet "Koalition der Vernünftigen" ganz offensichtlich, gemeinsame europäische Werte aufzugeben, durch die reine Fokussierung auf nationale Alleingänge sowohl die komplexen Zusammenhänge als auch die Menschenrechte zu ignorieren und damit der Stabilität in Europa einen Bärendienst zu erweisen. – Nicht mit uns; wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Vizepräsident Hold. – Der nächste Redner kommt von der SPD-Fraktion; es ist Harald Güller. Bitte schön, Herr Abgeordneter Güller, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Abgeordnete der AfD! Man braucht sich nur die Überschrift des Antrags anzusehen, um zu wissen, dass man nicht zustimmen kann: Wer etwas von Migrations- und Integrationspolitik versteht, der weiß, was zu einer "Koalition der Vernünftigen" gehört. Dazu gehört auch, nicht alle aufzunehmen, aber sich mit dem Thema der Aufnahme zu beschäftigen. Genau das tun Sie nicht.

Es geht auch nicht nur um das deutsche Sozialsystem, sondern noch um andere Werte, um Humanität, um die Genfer Flüchtlingskonvention, um die Europäische Menschenrechtskonvention und auch um Europarecht. Es reicht eben nicht, einfach nur die Augen zu schließen, Stacheldraht zu spannen und zu sagen: Was jenseits des Stacheldrahts passiert, ist mir völlig egal; am besten schmeiße ich auch noch Menschen über den Stacheldraht in den anderen Bereich hinüber. – Nein, das reicht nicht.

Es geht darum, eine Migrations- und Integrationspolitik zu entwickeln und dafür eine Mehrheit in Europa zu schaffen, die anerkennt, wie ein modernes Einwanderungsland und ein modernes Europa funktionieren. Es geht darum, aktiv ordnende Politik, wie es im Koalitionsvertrag heißt, zu machen, die natürlich auf der einen Seite die irreguläre Migration reduzieren soll, aber auf der anderen Seite auch die reguläre Migration ermöglichen muss. Es geht um die humanitäre Verantwortung.

Es geht eben nicht darum, wie Frau von Storch 2016 sagte, auf Erwachsene an der Grenze zu schießen, nachdem sie sich vorher noch in die Aussage verrannt hatte, dass es schon okay wäre, wenn das auch Kinder wären, Hauptsache wir schauen, dass diesseits des Stacheldrahts nichts passiert.

Deswegen ist völlig klar, dass sich die Koalition der Vernünftigen – dabei sehe ich alle demokratischen Parteien in diesem Hause vereint – aktiv um diese Themen kümmert. Natürlich haben wir in Nuancen verschiedene Positionen, aber wir wissen, was zu dieser Koalition gehört. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle für die Sozialdemokratie ausdrücklich der Argumentation von Frau Demirel und Herrn Hold anschließen. Es ist viel Richtiges gesagt worden. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Güller. – Damit komme ich zum Redner der FDP. Herr Fraktionsvorsitzender Martin Hagen, bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich selten, sich mit Anträgen der AfD tiefer auseinanderzusetzen, aber die Rede des an sich geschätzten Kollegen Straub möchte ich dann doch ein bisschen näher beleuchten. Lieber Herr Kollege Straub, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Abschiebungen kämen im Koalitionsvertrag der Ampel nicht vor. Ich frage mich, welchen Koalitionsvertrag Sie gelesen haben. Derjenige der Ampelkoalition kann es nicht sein, denn darin steht wörtlich:

Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Der Bund wird die Länder bei Abschiebungen künftig stärker unterstützen.

Die Ampelkoalition hat sich – so steht es im Koalitionsvertrag – auf eine aktive und ordnende Migrationspolitik verständigt: "Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen."

Lieber Herr Kollege Straub, das ist ein Paradigmenwechsel weg von der Politik, die Ihre Partei bisher in Berlin vertreten hat; denn CSU und CDU waren dafür verantwortlich, dass wir auf der einen Seite keine Fachkräfte in Deutschland haben, dass uns die Fachkräfte ausgehen, weil wir für qualifizierte Menschen als Einwanderungsland nicht attraktiv sind, wir aber auf der anderen Seite keine Kontrolle darüber haben, wer denn eigentlich zu uns kommt. Sie waren doch für die Flüchtlingspolitik der Jahre ab 2015 verantwortlich. Wenn die Ampel jetzt einerseits mehr Kontrolle und eine Rückführungsoffensive, andererseits aber auch mehr Chancen und bessere Integrationsperspektiven für die Menschen einfordert, die hier sind und die auch hierbleiben werden, sollten Sie das begrüßen.

(Beifall bei der FDP)

Statt der bisherigen Praxis der Kettenduldung zum Beispiel – das war Ihre Politik – schaffen wir jetzt ein Chancenaufenthaltsrecht. Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, die hier nicht straffällig geworden sind und die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen, um in dieser Zeit dann die übrigen Voraussetzungen für ein Aufenthaltsrecht zu erfüllen, insbesondere die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts. Deswegen bauen wir, die Ampel, auch Hürden im Arbeitsmarkt ab – die Hürden, die Sie aufgebaut haben –, weil wir die Menschen nicht zum Nichtstun verdammen wollen. Die Migrationspolitik der Ampel hält nämlich nicht an den Lebenslügen fest, die Sie etabliert haben, sondern sie ist eine Migrationspolitik mit Pragmatismus und Realitätssinn. Sie haben gesagt, dass Ihre Hoffnungen dabei auf der FDP ruhen. – Da ruhen sie richtig. Die FDP ist Garant dafür, dass diese Politik auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Nun hat der bayerische Innenminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich kurzfassen und nur zu drei Punkten kurz Stellung nehmen.

Erstens. Frau Kollegin Demirel, Sie haben sich hier sehr nett darüber verbreitet, wie in letzter Zeit die Entwicklung der Flüchtlingszahlen war. Ich muss Ihnen sagen: Ganz so einfach, wie Sie es sich gemacht haben, ist es nun nicht. Objektiv muss man ganz einfach feststellen: Natürlich hatten wir ein Maximum beim Zugang von Flüchtlingen im Jahr 2015 bis in das erste Halbjahr 2016, wenn man die gestellten Asylanträge heranzieht. Wir können auch feststellen: Alle Asylunterkünfte in Bayern verzeichneten im Frühjahr, Frühsommer 2016 das Maximum an Unterbringungen. Seitdem ist die Gesamtzahl der in Bayern Untergebrachten kontinuierlich, Monat für Monat, zurückgegangen, weil die einen wieder zurückgekehrt oder irgendwo anders hingezogen sind und die anderen anerkannt wurden, in Wohnungen gezogen sind und dergleichen und weil der Neuzugang niedriger war als die Abgänge aufgrund Weiterleitung oder erfolgreicher Integration.

So ging es kontinuierlich, Pandemie hin oder her, – mit Verlaub – bis zum Sommer letzten Jahres. Unübersehbar ist, dass jedenfalls seit Sommer und Herbst aufgrund verschiedener Faktoren wieder mehr Flüchtlinge gekommen sind. Da spielen natürlich Afghanistan und die chaotische, menschenverachtende Politik Weißrusslands und andere Dinge eine Rolle. Das kann man erklären. Sie können aber nicht bestreiten, dass in den letzten Monaten wieder deutlich mehr Flüchtlinge in unser Land gekommen sind. Damit muss man sich auseinandersetzen.

Wir – ich sage das an dieser Stelle – müssen uns nämlich darauf gefasst machen, dass, wenn vor allen Dingen noch einmal eine größere Zahl, die die Bundesregierung im Prinzip angekündigt hat, von afghanischen sogenannten Ortskräften in unser Land kommt, die vorhandene Zahl an Unterkünften nicht ausreichen wird. Wir sind jetzt schon wieder dabei, zusätzliche Unterkünfte zu akquirieren, weil ganz einfach – da hat es keinen Sinn, um den heißen Brei herumzureden – die Gesamtzahl derer, die im Moment untergebracht werden müssen, seit einigen Monaten wieder sichtbar steigt. Das ist Fakt. Die Hintergründe kann man erläutern; diese kann man nicht bestreiten. Das hat mit den chaotischen Äußerungen der AfD überhaupt nichts zu tun.

Ich bin aber schon der Meinung, dass wir der Bevölkerung ehrlich sagen müssen, was die Fakten sind. Wenn dies so weitergeht, werden wir in den nächsten Monaten wieder auf viele Kommunen in unserem Land zugehen müssen und ihnen erklären müssen, dass wir wieder mehr Unterkünfte für Flüchtlinge brauchen. Wenn die neue Bundesregierung erklärt, dass noch mehr – und zwar im fünfstelligen Bereich – Ortskräfte aus Afghanistan aufgenommen werden, werden wir Unterkünfte für diese brauchen; denn sicherlich sind wir uns einig: Niemand will sie auf der Straße stehen lassen. Es nützt aber nichts, drumherumzureden und so zu tun, als ob dies eigentlich gar nicht so wäre.

Nun zu der Frage zum Hintergrund meiner Äußerungen hinsichtlich der bildungsmäßigen Qualifikation. Diese beruhen in der Tat auf klaren Berichten des BAMF. Wir werden Ihnen diese gerne zuleiten, Frau Kollegin. Natürlich unterliegen die individuellen Feststellungen dem Datenschutz. Das BAMF erstellt aber selbst Analysen über die Bildungsabschlüsse der neu in Deutschland Ankommenden; diese sind nicht nur auf Bayern, sondern auf ganz Deutschland bezogen, nämlich auf die neu in Deutschland ankommenden Asylbewerber. Bei den entsprechenden Gesprächen wird natürlich auch festgestellt und erforscht, welche Bildungsabschlüsse vorliegen, weil dies für Leute, die anerkannt werden, mit Blick auf die weitere Vermittlung am Arbeitsmarkt ganz wichtig ist. Das BAMF hat publiziert, dass der Durchschnitt der Bildungsqualifika-

tion der Flüchtlinge in den letzten Jahren gesunken ist. Dies hat das BAMF festgestellt. Ich würde nie auf die Idee kommen, solche Thesen frei in den Raum zu stellen. Das sind Mitteilungen des BAMF; Sie können sie nachlesen.

Zweitens, zur Fachkräftezuwanderung. Herr Abgeordneter Graupner hat völlig falsch einen Widerspruch hergestellt. Unbestritten ist, dass wir zusätzliche Fachkräfte brauchen – jedenfalls meine ich, dass dies bei der ganz großen Mehrheit dieses Hauses unbestritten ist. Ich weiß nicht, ob ich den Beitrag vorher so verstehen sollte, dass die AfD bestreitet, dass wir zusätzliche Fachkräfte brauchen. In der Tat habe ich auch in Zusammenhang mit den Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung in Bayern insgesamt kürzlich darauf hingewiesen: Ja, wir brauchen weitere Fachkräfte. Dies steht nicht in Widerspruch zu der Feststellung, dass das BAMF mitgeteilt hat, dass der Durchschnitt der Bildungsabschlüsse der Asylbewerber sinkt. Deshalb habe ich mir erlaubt, Folgendes zu sagen: Natürlich wollen wir die Asylbewerber, die anerkannt werden, bestmöglich integrieren, aber zu meinen, den Fachkräftebedarf, der in unserem Land zweifellos besteht, in den nächsten Jahren vor allen Dingen dadurch decken zu können, dass Asylbewerber, die in unser Land gekommen sind, umgelenkt werden, ist falsch; dies wird schon aufgrund des mangelnden Bildungsniveaus so nicht funktionieren.

Noch einmal: Denjenigen, die anerkannt werden und hierbleiben dürfen, wollen wir gegebenenfalls natürlich auch durch weitere Bildungsmaßnahmen eine bestmögliche Integration ermöglichen. Dann werden sie sicherlich auch – so hoffe ich – gute Arbeitsplätze besetzen können. Ich darf erneut darauf hinweisen, dass Bayern das Bundesland ist, in dem die Arbeitslosigkeit von Ausländern den niedrigsten Wert aller 16 Bundesländer aufweist. Wir machen das ohnehin besser als andere Bundesländer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zu behaupten, es sei ein Widerspruch zu meinen anderen Äußerungen, wenn ich sage, dass wir mehr Fachkräfte in unserem Land brauchen, ist natürlich grober Unfug, Herr Abgeordneter Graupner.

Jetzt komme ich noch kurz zu dem Punkt, dass Sie einem oberflächlichen Leser vorgaukeln, Sie hätten irgendwelche konkreten, sinnvollen Vorschläge, wie das Flüchtlingsgeschehen in irgendeiner Weise sinnvoll gesteuert werden könnte, oder zu dem, was an unseren Grenzen passiert. Sie fordern eine bessere Ausstattung unserer Grenzpolizei. Die Grenzpolizei ist seit ihrer Gründung im Jahre 2018 mit modernster Fahndungstechnik ausgestattet, beispielsweise mit Multikoptern und mit höchst modernen Kraftfahrzeugen. Wir haben jetzt nochmals neue Multikopter-Systeme beschafft. Die Bayerische Grenzpolizei verfügt über Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräte, Kfz-Videoendoskope und vieles andere mehr. Dabei geht es wohlgemerkt nicht nur um Flüchtlinge, sondern selbstverständlich auch um die Unterbindung von Drogenschmuggel und Waffenschmuggel und vieles andere mehr. Die Grenzpolizei ist ja nicht nur für das Flüchtlingsgeschehen zuständig.

Mir ist allerdings nicht ganz klar, was die Grenzpolizei angesichts ihrer Aufgaben, zum Beispiel in der Schleierfahndung und bei vielen anderen mehr, mit Gesichtserkennungssystemen anfangen soll. Soll sich diese mit einer Gesichtserkennungskamera an den Grenzübergang oder in den Wald stellen und schauen, ob ausgerechnet an dieser Stelle jemand, der im Fahndungsbestand des Bundeskriminalamtes ist, über die Grenze kommt? Das ist schon ziemlich abwegig. Noch niemand ist auf die Idee gekommen – das sage ich Ihnen ehrlich –, dass es hilfreich wäre, die Grenzpolizei damit auszustatten.

Ich lehne ganz klar die Forderung ab, den Aktionsradius der Bundespolizei zu erweitern. Diese Diskussion haben wir letztes Jahr gerade im Hinblick auf das Bundespolizeigesetz geführt. Es hat andernorts Überlegungen gegeben, den Aktionsradius von 30 auf 50 Kilometer auszudehnen. Nahezu alle Bundesländer haben sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Darum ist diese Änderung des Bundespolizeigesetzes im

Bundesrat gescheitert. Ich sage klar: Ein Aktionsradius von 30 Kilometern ist angemessen, aber was darüber hinausgeht, ist Sache der Polizei der Länder. Das alles miteinander zu vermischen ist nicht sinnvoll.

Die Staatsregierung steht weiterhin für eine Flüchtlingspolitik der Humanität und Ordnung. Wir werden auch in der bundespolitischen Diskussion weiterhin deutlich machen, dass Rückführungen schnell und effizient zu gestalten sind und in der Migrationspolitik geltendes Recht konsequent durchzusetzen ist. Aus dem Koalitionsvertrag ist bereits zitiert worden. Wenn das so umgesetzt wird, dann freue ich mich darüber. Ich warte mit großer Spannung auf die konkreten Initiativen.

Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass geltendes Recht sowohl im Hinblick auf die Integration der anerkannten Flüchtlinge als auch im Hinblick auf die Rückführung der nicht anerkannten Flüchtlinge konsequent durchgesetzt werden muss. Nur so können wir auf Dauer die Akzeptanz unseres Asylrechts und Asylsystems in der eigenen Bevölkerung sicherstellen. Das kann aber nicht erfolgen, wenn die neue Bundesregierung immer mehr Pullfaktoren schaffen sollte. Momentan stehen Dinge im Raum wie die Identitätsklärung durch eidesstattliche Versicherung. Es kann nicht sein, dass jemand belohnt wird, der sich jahrelang der Ausreisepflicht erfolgreich widersetzt hat, indem er sich immer rechtzeitig versteckt hat, wenn er abgeschoben werden sollte. Einen andauernden rechtswidrigen Aufenthalt – erfolgreiches Verstecken vor einer Abschiebung – zum Schluss mit einem Aufenthaltsrecht und einer Arbeitsberechtigung zu belohnen, kann nicht die richtige Botschaft sein. In humanitären Ausnahmefällen muss geholfen werden. Aber generell festzulegen, dass einer mit Genehmigungen belohnt wird, wenn er es nur lang genug geschafft hat, entgegen geltendem Recht im Land zu bleiben, ist eine Kapitulation des Rechtsstaates. Damit tun wir der Situation in unserem Land keinen Gefallen. Meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Humanität und Ordnung; beides ist notwendig und richtig.

Hinsichtlich des Antrags der AfD muss ich sagen: Hier werden bedenkenlos bestehende verfassungs- und europarechtliche Grenzen vom Tisch gefegt. Der Antrag ist un-

tauglich, irgendwelche echten Probleme zu lösen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der AfD abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, ich bedanke mich bei Ihnen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/20547 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Der fraktionslose Abgeordnete Sauter hat dagegengestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.